

# Deutsche



# Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

**Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen**

**Kurzzeitel**

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein (Herausgeber): Georg Bernhard Varnert.  
Verantwortl. Ausw. d. Handelsrat: Carl Mich. Berlin Ullstein.  
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3605,  
Telefonamt für den Verlegerakt: Amt Dönhoff 3606-3608  
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 900.

## Die Haltung der Industrie

Wahrer Mut

Die Wirtschaft, die der Reichsverband der Industrie zum Young-Plan und zum Notprogramm für die Landwirtschaft gefordert hat, missfallen den Deutschnationalen. In Briefschiffen stellt die Industrie den Reichsverband der Industrie nur unbedeutendere wirtschaftlicher Leistungen auf und hält sich von den Aussmachungen einzelner Interessenpolitik in einer Weise fern, die man anderen Verbänden, insbesondere dem Reichslandbund, nur als Mäxler empfehlen kann. Die Industrie erklärt sich mit Verständnis für die Landwirtschaft einmütig und macht lediglich die Bedingung, daß dabei die Gesamtinteressen nicht gefährdet werden dürfe. Daraus begründet sie auch die Tatsache, daß die Einführung des Hauptgesetzes auf Landwirtschaft liegt, die deutsche Wirtschaft verdrängt, Bedingung der Qualität und Verbesserung der Arbeitsorganisation.

Man muß der Industrie diese positive Einstellung zu dem Notprogramm um so höher anrechnen, als es in Einzelheiten sehr erhebliche Bedenken erwecken muß. Dazu kommt, daß die Industrie selbst mit außerordentlich wichtigen Sorgen zu kämpfen hat. Die Aufgabe, daß einzelne Industrieunternehmen blühen und gedeihen, beweist für die Gesamtökonomie nicht viel. Wenn man die Landwirtschaft nur nach dem Maßstab der höchstrentierenden Betriebe auf den besten Boden beurteilen wollte, läme man leicht, daß eine besondere Wirtschaftlichkeit zu betonen. Der Reichsverband der Industrie hat auf solche Betrachtungen verzichtet. Der Landwirtschaft soll geholfen werden, mit der einzigen Einschränkung, daß die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität der Weltstand und die Erweiterung anderer Wirtschaftszweige nicht gefährdet dürfe.

Das ist eine Einschränkung, die nicht aus kurzfristigen Sonderinteressen entgegnet, sondern aus der Erkenntnis, daß die Nation nur in enger Zusammenarbeit mit den anderen Völkern leben und gedeihen können. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ solche Feststellungen mit der Behauptung abtut, die Industrie wolle eine klare Scheidung zwischen dem begründeten und unbegründeten, so ist das nur ein Beweis für eine ganz einseitige Interessenpolitik, die sich den Lebensbedürfnissen der Gesamtheit verweigert.

Noch weit heftiger äußert sich der deutschnationale Nachridemittel über die Einführung des Reichsverbandes zu dem „neuen Tribulation“. Die Industrie verteidigt sich, so wie sie pflegt, hinter die wirtschaftliche „Dummheit“, indem sie sich „resignation selbst“ und schließt eine „Wiederkehr, der das führen würde, daß man ihre bei der Weltbedürfnis glatt verweigert werden. Das seien die

deutschnationalen Industriefreien ganz andere Leute. Die hätten Mut bewiesen und „nationalen“ Wirtschaftswillen.

Mit dem Begriff „Mut“ wird ein höher Maßstab gefordert, wenn man die Vertretung eines extremen Standpunktes als tapfer, die Anwendung von Vernunft, Mäßigung und Besonnenheit als feine Kompromissliebe hinstellt. In den Jahren nach dem Krieg hat man wenig Mut dazu gehabt, Nein zu sagen und die Feinde der deutschen Nation mit großen Worten zu erliegen. Wohl aber war eine ganze

Wenge physischer und moralischer Tapferkeit notwendig, um immer wieder, unter den von dem Gedächtnis der Kampferden Beiträge an den nationalen Stammtischen, die kleinen Fortschritte durchzusetzen, die den langweiligen Wirtschaftlichen des deutschen Volks, nach dem völligen Zusammenbruch der alten Wirtschaft und dem Befreiung ihrer Kriegs- und Friedenspolitik, ermöglicht haben. Der Reichsverband der Industrie befindet sich in guter Gesellschaft, wenn er von den Wirtschaftspolitikern der Zukunft und Zukunft bedürftig ist. J. E.

## Ausflug ohne Strefemann

### Erkrankung des Reichsaußenministers / Kurze Erklärung Hilferdings / Die Regierung will Bewegungsfreiheit

Eine außenpolitische Debatte ohne Strefemann ist ein Abend der Weltländer Scala ohne Cosacchini. Wenn der große Dirigent nicht vor dem Pult sitzt, geht der größte Reiz verloren. Die Antiklimax, daß Strefemann heute sprechen wollte, hatte der heutigen Sitzung die Signatur des „großen Tages“, gegeben. Die größte Hälfte im Strefemann und auf der Erklärung eine gefüllte Dispositionslage, wie Präsident Ebe erklärte, am Erscheinung verbindet sich und sich selbständig, die Einführung und das Behalten nicht aufzulassen. Der Strefemann hat bei der gelassenen Befragung mit den Fraktionsführern einen günstigen Eindruck gemacht. Es fiel allerdings auf, daß er sich nachher aus dem Saal führen lassen mußte, weil ein müde sich zu Bett gehen mußte.

Der Bericht des Reichsanstalters, nach dem Reichsaußenminister waren auf ihren Weg. Als Präsident Ebe die Sitzung mit der Mitteilung eröffnet, daß Dr. Strefemann durch eine Arterienkrankung eine gefüllte Dispositionslage, wie Präsident Ebe erklärte, am Erscheinung verbindet sich und sich selbständig, die Einführung und das Behalten nicht aufzulassen. Der Strefemann hat bei der gelassenen Befragung mit den Fraktionsführern einen günstigen Eindruck gemacht. Es fiel allerdings auf, daß er sich nachher aus dem Saal führen lassen mußte, weil ein müde sich zu Bett gehen mußte.

Die Worte über die Erkrankung auf eine Überanforderung der Spinalnerven zurück zu führen, daß zwei Auftrags- tage anhängen werden und daß der Reichsaußenminister am Montag wieder mitzugesehen können.

Nach den Mitteilungen des Präsidenten Ebe war das Interesse an der Beratung des auswärtigen Staats sehr gering und Bericht-

erhalten. Abg. Dr. Höpff, schlug vor, die Staatsberatung auf Montag zu verschieben. Einen gleichen Antrag hatten auch die Sozialisten. Aber im Weiteren war es anders beschaffen worden, man wollte heute anfangen, um wenigstens am Montag fertig werden zu können. Die Ausführungen des Reichsstatistars gingen in der Urzucht, von der das Haus erfüllt war, verloren.

Mit großer Aufmerksamkeit hörte man aber noch die kurze Erklärung an, die Reichsaußenminister Dr. Hilferding nach dem Reichsstatistars über den Verfall der Erklärung vernehmlich abgab. Es war kurz, vermied jede materielle Stellungnahme und Festlegung und erforderte das Parlament um die gleiche Zurückhaltung, die Reichsregierung über, um sich über die Bewegungsfreiheit für die politische Konkurrenz zu bemühen, der die großen Entscheidungen nicht nur über die einseitige Reparationsregelung, sondern auch über die

Ökonomisierung der politischen Probleme nachholten ist. In etwa 3 Wochen soll diese Konferenz der Regierungsführer, der Außenminister und der Finanzminister zusammenkommen. Es ist verständlich, daß man nicht ohne Sorge von einem neuerlichen schweren Anfall des Gallenlebens beim Reichsanstalters Müller-Franke und einer Erkrankung Dr. Strefemanns hört. Alle Wünsche kongressieren sich auf eine rasche und völlige Wiederherstellung der Gesundheit des Statistars und des Außenministers, die mit dem Finanzminister gemeinsam die Vorsitzenden des Deutschen Reiches sein sollen.

## Der Verlauf der Sitzung

Der Reichstag trat heute lediglich, nachdem ein Kommunistischer Antrag auf weitere Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung des Sozialpolitischen Ausschusses überwiegen war, in die außenpolitische Debatte ein.

Präsident Ebe machte zunächst Mitteilungen über die Erkrankung Strefemanns die ihm hindere, an der Sitzung teilzunehmen.

Nach Mitteilung eines Mitglieds über ein an einem Stammtisch geführtes Gespräch, der es ihm nicht möglich machte, das Haus zu verlassen. Er hoffe aber, daß die durch Arbeitslosenversicherung herbeigeführte Krankheit bis Montag wohl behoben ist, daß Strefemann dann erkranken und seine Ausführungen machen könne. — Unter diesen Umständen wurde die Sitzung am Montag um 10 Uhr begonnen.

Ein Antrag Fried (Rechts), die Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes abbrechen, wird abgelehnt.

Abg. Dr. Hoepff (Dns), erlittet den Ausdrucksbericht über den Etat des Auswärtigen Amtes.

Der Bericht betont, daß Erweiterungen des Auswärtigen Amtes nicht möglich sein würden, nach Überwindung der jetzigen Gesamtsituation. Alle Parteien seien einig darin, daß der Auswärtige Dienst nicht der Untertreibung verfallen dürfe. Im ganzen sei eine Ersparung von 1 1/2 Millionen durchzuführen worden.

Dann Bericht:

## Reichsaußenminister Hilferding

Er geht zunächst auf den Kriegslostenhalt ein, der allerdings, wie er ausführt, nicht alle finanziellen Schwierigkeiten des Reiches umfassen. Ein vollständiges Bild der Kriegslostenhaltung erhält man erst durch Einigung der wichtigsten Sitzungen des Reiches, der Reichs- und Reichspost, die in weiterer Linie unmittelbare Kriegslosten darstellen. Hierher gehören z. B. auch die Aufwendungen, die Deutschland für seine Kriegslostenbedürftigen und für die loosten Kriegslosten aufzubringen hat.

Nimmt man all dies zusammen, so ergibt sich, daß die deutsche Staatswirtschaft für das Rechnungsjahr 1929 nicht weniger als

## Macdonald schlägt London vor

### Die Beziehungen zu Rußland

London, 22. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Das englische Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung, die fast den ganzen Tag andauerte, sehr wichtige Beschlüsse gefaßt, die die innere und äußere Politik betreffen. Es hat den Entwurf der Finanzreform ausgearbeitet, mit der das Parlament erweitert werden soll, es hat Beschlüsse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erlassen und Beschlüsse über den Verfall der Reparationszahl, die die Grundbesitzer haben sollen für die englisch-amerikanischen Verhandlungen über die Gläubigerklärung. Sehr viel Zeit haben die außenpolitischen Fragen in Anspruch genommen. Das Kabinett beschloß im Prinzip die Wiederaufnahme der politischen Beziehungen zu Rußland in möglichst kurzer Frist. Dabei wurde auch das Christliche Reich erörtert, über das die Meinungen im Kabinett zerstreut waren. Der sozialistische „Daily Herald“ deutet an, daß die Einführung in absehendem Sinne fallen werde.

Der Young-Plan wurde als Grundlage für die Verhandlungen auf einer politischen Konferenz angenommen. Die Formel deutet sich bei der deutschen Regierung. Im Zusammenhang damit wurde auch die Rheinlandklärung erörtert. Der diplomatische Reichsdirektor des „Daily Telegraph“ meinet, daß nunmehr keine weitere Zeit verloren werden wird, an die beteiligten Regierungen mit der Beratung heranzutreten, die in möglichst gesammelter Konferenz über den Young-Plan und die Klärung des Rheinlandes in London abgehalten, welcher Zeitpunkt auch immer von den Wählern hierfür festgelegt werden wird. Man erwartet ein Datum vor dem 15. Juli. Der „Daily Telegraph“ meint, daß trotz der geringen Regierung Polancores, London als Mitglied der Konferenz annehmen, die englische Regierung einschließen sei,

auf der Wahl von London zu bestehen, da der englische Premierminister während der nächsten sechs oder acht Wochen es nicht möglich machen könnte, auch nur für ein paar Tage London zu verlassen. Wenn die französische Regierung die Ablehnung der Konferenz in der Schweiz wohl durchsetzen sollte, so würde die englische Delegation in Amsterdam mit Macdonald vom Schiedsrichter Ebe einen neuen Außenminister für London geführt werden. Die Führung der englischen Delegation in Genéve durch den Schiedsrichter wurde bei Ebnobens Stellung gegenüber dem englisch-französischen Schiedsrichter der französischen Regierung nicht angenehmer sein als die Annahme des Premierministers in London. Dr. Strefemann, der Baden-Baden als Konferenzort vorgezogen, da er sich dort gleichzeitig einer Kur unterziehen möchte, würde sich nichts gegen London als Konferenzort einzuwenden haben.

Bei der Rückschlusung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland wurde auch die Frage erörtert, welche diplomatische Form gewählt werden soll. „Daily Telegraph“ berichtet, daß die Regierung den „normalen und traditionellen Weg“ am meisten begünstigen würde. Dieser würde darin unterliegen müßte, daß durch die russische Regierung, die bisher der englischen Interessen in Rußland vertreten hat, in London der Wunsch der englischen Regierung, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen, übermittelt wird. Die Wiederaufnahme würde eventuell die Forderung gestellt werden, daß sich beide Länder verpflichten, sich nicht in die innerpolitischen Beziehungen des anderen Landes einzumischen und sich jeder Propaganda zu enthalten. Ein anderer Weg ist gegeben in der informellen Einleitung von Vorbesprechungen zwischen englischen und russischen Delegierten auf neutralem Boden, z. B. in Paris, Berlin oder Moskau.